

Politische Tagesübersicht.

Deutsche Volkspartei gegen Verteilung der Ruhunterstützungsgelder. Der "Vorlängzeitung" aufgeg. wird heute eine von der Deutschen Volkspartei angeregte Sitzung des Reichskabinetts stattfinden, in der die Bedenken der Deutschen Volkspartei gegen die Verteilung der Ruhunterstützungsgelder durch den preußischen Wohlfahrtsminister Hirschfeld zur Sprache gebracht werden sollen. Nach dem sozialdemokratischen Vorschlag richtet sich die volkspartei-liche Kritik an der Unterstützung in erster Linie gegen den Fall der Bedürftigkeitsförderung. Die Kritik wird in der heutigen Kabinettssitzung von dem Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius vorgebracht werden.

Die angeblichen Interessen des früheren Kaiser. Die Generalverwaltung des normalen regierenden Königsbaus teilt mit: „Verschiedene deutsche und Schweizer Zeitungen bringen Mitteilungen über ein Interview, welches der vor- normalen regierende Kaiser und König einen Korrespondenten des Londoner "Evening Standard" über die jüngst erfolgte Veröffentlichung von Briefen der Kaiserin Friederich gewährt haben soll. Der "Evening Standard" selbst stellt fest, daß niemals einer seiner Korrespondenten vom Kaiser empfangen worden sei. Die Generalverwaltung des vor- normalen regierenden preußischen Königsbaus teilt mit, daß ein beratiges Interview — an welchen Korrespondenten auch immer — niemals stattgefunden hat; denn der Kaiser hat es keines grundsätzlich abgelehnt, zu dieser Veröffentlichung irgendwie Stellung zu nehmen. — Somit entfallen auch alle Einzelheiten, mit denen das Interview schmachhaft gemacht werden soll, als freie Erfindung.“

Die Abreisung der österreichisch-deutschen Arbeitsgemeinschaft. In diesen Tagen sind in Wien die Abreise- tagung der deutsch-österreichischen und der österreichisch-deutschen Arbeitsgemeinschaft unter dem abwechselnden Vor- sitz des Reichsministers A. D. Erminger und des Universitätsprofessors Wegstein statt. Die Reichsarbeitsgemeinschaft war durch den Präsidenten des preußischen Staatssekretärs, Dr. Karl Tänzer-Berlin, Ministerialdirektor Dr. Götz-Stuttgart und anderen vertreten. Nach einem einleitenden Bericht wurde die Frage der Handelsvertragshandlungen mit dem Deutschen Reich eingehend vom wirtschaftlichen und politischen Gesichtspunkt besprochen, wobei die aus dem derzeitigen System in Europa sich ergebenden Schwierigkeiten erwogen wurden. Es kam die Überzeugung zum Ausdruck, daß nach Wiederaufnahme der Verhandlungen ein baldiger gedeckter Abschluß im Geiste der nationalen Zusammengehörigkeit erzielt werden wird.

Graf Apponyi über Hindenburg. Graf Apponyi hat sich dem Berliner Beiratsträger des "Pfeil Orlap" gegenüber über seinen Besuch bei Reichspräsident von Hindenburg geäußert. Jemand, der den Reichspräsidenten nicht kenne, habe keine Ahnung, welche Kraft und Güte von seinem Leben ausgehen. Hindenburg sei um ein Viertel Jahr jünger als er, Graf Apponyi. Er sei eine Quelle von Lebendwürdigkeit und Höflichkeit. Auch der Besuch bei dem Reichskanzler habe auf ihn den besten Eindruck gemacht. Am 28. dieses Monats wird Graf Apponyi diplomatische Besuche abstatten und auch mit dem Reichsausßenminister Dr. Stresemann zusammentreffen.

Der "Bayerische Kurier" aus letzten Niede Stresemanns. In einem längeren Artikel beschäftigt sich der "Bayerische Kurier" mit den Ausführungen Dr. Stresemanns in der Zentralvorstandssitzung der Deutschen Volkspartei über die „zwangsläufige Unitarisierung der Länder“ und sagt: Die zwangsläufige Unitarisierung, wie sie der Führer der Deutschen Volkspartei vorstellt, ist, richtig gesehen, eine viel größere Gefahr und fordert auch ganz andere Maßnahmen als die offene Unitarisierung, der auch vor geistlichen Zwangsmassnahmen nicht zurückstehenden Anhänger des Einheitsstaates. Gegenüber der zwangsläufigen Unitarisierung gibt es nur ein Mittel: Die Verminderung der geistig-idealistischen und sozialen Maßnahmen, die die Voraussetzung für den „freiwilligen Verzicht“ und die „Wucht der Tatsachen“ schaffen.

Kommunistische Beamten-Anträge in Preußen. Im preußischen Landtag sind mehrere Beamten-Anträge der Kommunisten eingegangen, die u. a. fordern, daß die am 14. Januar 1928 fällige zweite Hälfte der Abfindungsbeiträge für die Ablösung der örtlichen Sonderauszahlungen noch vor dem 25. Dezember dieses Jahres ausgezahlt werde. Werner soll den im Staatsdienst beschäftigten Beamten, Angestellten und Arbeitern ohne Unterschied ein jährlicher Erholungskurzurlaub von 4 Wochen gewähren, sowie die Arbeitszeit dieser Gruppen auf nicht mehr als 45 Stunden bemessen und eine milde Handhabung der Höfung von Disziplinarstrafen eingeschlossen werden.

Ministerialrat Schulze 60 Jahre. Der Leiter der Nachrichtenstelle im Reichspostministerium, Ministerialrat Walther Schulze, feierte am Dienstag die Vollendung seines 60. Geburtstags. Die Presse gedenkt seiner an diesem Tage mit besonderer Freude, da er in seiner achtjährigen Tätigkeit an dieser Stelle der Presse stets in der liebenswürdigsten Weise behilflich gewesen ist.

Gegen das deutsche Lied im Memelgebiet. Als im Jahre 1928 das Memelgebiet von Litauern besetzt wurde, war eine ihrer ersten Taten, daß Singen der deutschen Hymne und sämlichlicher vaterländischer Lieder zu verbieten. Andere Nationalitäten, zum Beispiel den Schwedern, ist es nicht verboten, ihre Nationalhymne zu singen. Seitdem ging der Kampf gegen das deutsche Lied weiter. Bald wurde auch der „Deutsch-Sängergruß“ verboten, so daß die memelländischen Gefangenviere nur noch Wandern- und Naturlieber singen durften. Aber auch diese scheinen den Litauern noch verbotigt und gefährlich zu sein. Der neu gegründete Sängerverein in Kaunas feierte sein Gründungsfest und hatte auch ein Programm der zu singenden Lieder vorbereitet. Unter den Liebhabern war auch das bekannte „Wanderers' Chorus“ aufgeführt und auf dem Programm nicht gefürchtet worden. Um jedoch aber kam der überwachende Polizeibeamte und erklärte, dieses Lied dürfe nicht gesungen werden, da er Anwendung bekommen habe, es zu verbieten, denn die Memelländer dürfen nicht singen: „Ich kann nicht nach Hause, hab' keine Heimat mehr!“

Der neue Botschafter für Deutschland an Bord des Blauro-Dampfers „Coburg“. Von unserem Sonderkorrespondenten. Der Norddeutsche Lloyd gab am Bord des Dampfers Coburg ein Ehren zu Ehren des neuen Gesandten Chinas für Deutschland, Tschiang Kai-sen. Unter den Gästen befanden sich Mitglieder des Generalkonsulats, Hochschulrat Dr. v. Erdmannsdorff, führender Chinesen, Mitglieder der deutschen Kolonie. Der Leiter der bischen Agentur des Norddeutschen Lloyd, Melchers, begrüßte den neuen Gesandten zum ersten Mal auf deutschem Boden und sprach Wünsche aus für weitere glückliche Beziehungen zwischen Deutschland und China. Der Gesandte begibt sich an Bord der „Coburg“ nach Peking.

456,7 Millionen hat das Reich bereits Liquidationsabfindungen bezahlt.

Abb. Berlin. Im Reichsstaatsausbau für Liquidationsabfinden teilte am Dienstag Ministerialdirektor Dr. Egon vom Reichsfinanzministerium mit, daß bis zum 20. November von den rund 180 000 Schlußentlastungsfällen 55 153 Fälle mit einem Grundbetrag bis zu 30 000 und 16 804 mit einem solchen von über 30 000 West. insgesamt

alle 71 656 Fälle reibig seien. Nicht mitgerechnet seien dabei die negativen, also direkten Fälle, in denen ein Entlastungsfallspruch vereint wurde.

Dr. Egon gab noch einen Überblick über die aktuelle Arbeitsleistung, die die Abwicklung der Liquidationsabfinden verursacht. Auf Illustration dieser Tätigkeit sei nur mitgeteilt, daß bis zum Oktober allein auf diesem Gebiete rund 924 000 Schreiben eingesandt seien, die zum größten Teil einen unentzerrbaren Schriftmeister verlangten. Trotzdem sei die Arbeitsleistung jetzt sehr erhebt worden. Der Verfolgungsbehörde habe allerdings von 716 auf 1213 Fälle erhöht werden müssen. Dafür sei jedoch auch die Verleidung eines von 228 Fällen im Maßstabsschluß des April jetzt auf 668 Fälle gestiegen. Aus den Verhandlungen des Reichsfinanzministeriums mit dem Rechnungshof ist ein Kompromiß entstanden, das eine reibungslose Durchführung des Liquidationsabfinden-Schlußes ermöglicht.

Der Präsident des Reichsentschädigungskomites Dr. Max Mühl teilte noch mit, daß bis zum 20. November einschließlich negativen Beiträgen 73 502 Schlußabfindungen mit einem Gesamtbetrag von 456,7 Millionen RM. erlebt wurden. Der größere Teil davon wurde nicht bar, sondern als Schuldbuch-Eintragung reguliert.

Sammel und Börsch gegen Trutzbihler und Rois.

Abkommen zwischen Jugoslawien und Deutschland.

Abb. Der Handelspolitische Ausschuß des Reichs-Handelsverbands unter Vorsitz des Abg. Dr. Dr. Heinrich Jung (Entf.) am Dienstag mehrere Stunden über das zwischen dem Deutschen Reich und dem Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen, das einige Schwierigkeiten befreien soll, die sich bei Durchführung des Handelsvertrages vom Jahre 1927 ergeben haben. In dem Abkommen, das am 19. Oktober 1928 aufgestellt, werden von deutscher Seite zwei Bollangshandnisse im Handelsvertrage erweitert; und zwar wurde der Vertragswert von 20 M. für Böhmer und der Vertragswert von 2,50 M. für Wais zur Gewichtserhöhung auch auf Wais für die Herstellung von Braunwein und für Saatwein aufgestellt. Von der Gegenseite ist dafür eine wesentliche Erleichterung bei der Bevorratung von Weißwein und für die Gewichtserhöhung des Sojas mit einer Ausdehnung des Sojas von 2,50 M. für Braunwein- und Saatwein-Wais vorgesehen.

Trotz mehrstündigter Debatte konnte der Ausschuß sich nicht einigen, denn Aufschwommen zu gewinnen, sondern versuchte die Entscheidung, um den Vertretern beider Parteien Gelegenheit zu geben, die Meinung ihrer Fraktionen festzuhalten. Die Schwierigkeiten liegen momentan darin, daß die landwirtschaftlichen Vertreter Ab heißt gegen die Erhöhung des Sojas für die Maisernte, oder vielmehr die Ausdehnung des billigeren Sojas von 2,50 M. für Braunwein- und Saatwein-Wais wandten.

Englands Abrüstung.

Abb. London. In Erwidung auf eine Anfrage erläuterte der erste Vors. der Admiralsität im Unterhaus: Der Mannschaftsbestand der britischen Marine belief sich am 15. Juli auf rund 101 000 Mann gegen 146 000 zu dem gleichen Zeitpunkt des Jahres 1914, in der Marine der Vereinigten Staaten auf 113 000 gegen 67 000, in Japan auf 85 000 gegen 50 000, in Frankreich auf 62 000 gegen 56 000 und in Italien auf 46 000 gegen 40 000. Großbritannien hat also auf dem Wege zur Reduzierung mehr getan als irgend ein anderes Land.



Neubestellungen

Abb. Das in allen Städten der Gewerkschaftszeitung Riesen-Zeitung, die im Rahmen der Gewerkschaftszeitung Riesen-Zeitung zum Preis von 2,25 RM. ohne Zustellgebühr, erscheint. Die Bestellung kann jederzeit unter dem Gesichtspunkt der Wahrung der Autonomie und Souveränität des Staates und des deutschen Volkes. „Aus dem“, so erklärte der Redner, „was aus den preußischen Konföderatsverhandlungen bisher bekannt geworden ist, ergibt sich dann allerdings, daß dieses Konföderat für uns und jeden anderen Deutschen unannehmbar ist.“ Vor allem wandte er sich gegen die Einbeziehung von Schulfragen in das Konföderat und meinte, sobald auch aus dem Artikel 146 der Reichsverfassung in einem Konföderat zitiert werde, läme dieser Verfassungssatz in die Sphäre des internationalen Rechts. Dem Vors. sei dann ohne weiteres das Recht gegeben, in alle zukünftigen Fleischschuldsverhandlungen einzutreten. Dieser Verfassungssatz wäre dann sogar unabdinglich ohne Zustimmung des zivilen Kurie. Der evangelische Bund forderte im übrigen die vorrechtevolle Behandlung der evangelischen Kirche, damit sich nicht die katholischen Bischöfe des Jahres 1925 wiederholen, wo sogar der Legt der Bischöfe mit der evangelischen Kirche von zivilisatorischer Natur festgestellt wurde. Und mit der katholischen Kirche durch man kein Konföderat, sondern höchstens einen Staatsvertrag abschließen, damit zivilrechtliche Bindungen vermieden werden.



Ein Porträt des Präsidenten der III. Internationale.

Der Führer der kommunistischen Partei im Reichskonsortium, Dr. Schmeral, ist zum Vorsitzenden der III. Internationale in Moskau ausgewählt. Dr. Schmeral, der mit einer Verwandten Stalin's verheiratet ist, weilt schon über ein Jahr in Moskau.

Rathausbauhaushalt für 1928.

Abb. Berlin. Die Reichsregierung hat dem Reichsrat den Rathausbauhaushalt für 1928 vorgelegt lassen. Der Rathausbauhaushalt bringt keine tatsächlichen Ausgaben, sondern ist reiner Personalaufwand. Er enthält in der Hauptrasse eine Bergliederung der im Haushaltspolitik 1928 nur pauschal bewilligten Personalausgaben. Anscheinlich dem Rathausbauhaushalt gegenübersteht die im Haushalt 1928 nur im wesentlichen auf Bekleidungen des Haushaltssatzes für 1928, die bei den Unjänen im Haushalt noch nicht berücksichtigt werden konnten, auf inzwischen eingetretene Löhnernahmen und auf das Aufstellen von Beamten und Angestellten in den Dienststellenräumen aufzuführen. Der Nebbedarf findet seine Deckung zum Teil in Kürzung von Ausgabenräumen, zum Teil in einer Erhöhung gewisser Verwaltungs-Gewinnabnahmen und in der Einhaltung von im Jahre 1927 an die Deutsche Reichsvertretung ausgewiesenen Wirtschaftsauflagen auf die Reichsauslässe und Reichsbehörden zur Invalidenversicherung. Da der Rathausbauhaushalt gleichzeitig als Personalaufwand für 1929 gilt, wird dadurch eine wesentliche Vereinfachung der Statutarisierung erreicht, da eine besondere Verordnung des Personalaufwands für 1929 dadurch vermieden wird.

Konföderat für jeden christlichen Deutschen unannehmbar.

Abb. Auf einem Breitsempfang legte der Präsident des Evangelischen Bundes, Direktor Dr. Gabermann, die Stellung des Bundes zum Konföderat dar, wobei er betonte, es handle sich hier um zwei Drittel der Deutschen um eine Kirchenkraft. Deutschland sei, von Rom abgesehen, nur eine Kirchenprovinz. Deshalb müsse die evangelische Kirche gegen die Reichsform der Vereinigungen in einem Konföderat antreten. Der Inhalt eines Konföderats müsse gerichtet werden unter dem Gesichtspunkt der Wahrung der Autonomie und Souveränität des Staates und des deutschen Volkes. „Aus dem“, so erklärte der Redner, „was aus den preußischen Konföderatsverhandlungen bisher bekannt geworden ist, ergibt sich dann allerdings, daß dieses Konföderat für uns und jeden anderen Deutschen unannehmbar ist.“ Vor allem wandte er sich gegen die Einbeziehung von Schulfragen in das Konföderat und meinte, sobald auch aus dem Artikel 146 der Reichsverfassung in einem Konföderat zitiert werde, läme dieser Verfassungssatz in die Sphäre des internationalen Rechts. Dem Vors. sei dann ohne weiteres das Recht gegeben, in alle zukünftigen Fleischschuldsverhandlungen einzutreten. Dieser Verfassungssatz wäre dann sogar unabdinglich ohne Zustimmung des zivilen Kurie. Der evangelische Bund forderte im übrigen die vorrechtevolle Behandlung der evangelischen Kirche, damit sich nicht die katholischen Bischöfe des Jahres 1925 wiederholen, wo sogar der Legt der Bischöfe mit der evangelischen Kirche von zivilisatorischer Natur festgestellt wurde. Und mit der katholischen Kirche durch man kein Konföderat, sondern höchstens einen Staatsvertrag abschließen, damit zivilrechtliche Bindungen vermieden werden.

Neue Richtlinien für die Beamtenlaufbahn.

Abb. Gestern hat im Reichsinnenministerium unter Vorsitz des Ministers Seesing eine Besprechung mit den Beamtenorganisationen über die Beamten-Laufbahnen stattgefunden. Diese Richtlinien sehen Bedingungen für den Eintritt in den Vorbereitungsdienst, die planmäßige Unterrichtung und die Fortbildung der Beamten aller Laufbahnen vor. Damit gehören bestimmungen über die Schulbildung für jede Laufbahn; für den unteren und einfachen mittleren Dienst soll sie in der Volksbildung, für den gehobenen mittleren Dienst in der Unterprimaire einer nennenswerten höheren Schule. Der höheren Dienst im Amturium steht abgeschlossener Hochschulbildung offen.erner ist festgelegt, ob eine Aufstellungsprüfung stattzufinden hat; Sobald werden die Bedingungen für den Aufstieg angegeben. Bei den Fortbildungsordnungen sollen die Beamten nur nach dem dienstlichen Bedürfnis eindringen werden. Es kann sich also nicht jeder melden, sondern er muß warten bis und ob ihm die Gelegenheit dazu auftritt.

Der Sitzung sprach sich der Freigewerkschaftliche Deutsches Beamtenbund gegen das Verlangen des Deutschen Beamtenbundes, das Amturium für den gehobenen mittleren Dienst zu fordern, aus und plädierte für Oberleutende-Reste. Beide Gewerkschaften verlangen ferner, daß zu den Fortbildungsordnungen sich alle Beamte melden können. Nur dadurch kann dem Prinzip des Wettbewerbs Rechnung verfaßt werden. Daneben müßte besonders tüchtigen Beamten das Aufstehen aus einer Laufbahn in die nächst höhere ermöglicht werden.

Eine wichtige Fortbildung der Beamtenorganisationen liegt auf die Wiedereinführung der sogenannten Verlobung ab.

Nach Schluß der Besprechung machte Reichsminister Seesing den Vorschlag, eine Kommission zu bilden, die aus Vertretern der Regierung und der Beamtenorganisationen zusammensetzen soll, um die vorgetragenen Wünsche zu prüfen.